

V4 Nein zur Arbeitspflicht für Asylbewerber*innen!

Antragsteller*in: Cenk Yilmaz (KV Hameln-Pyrmont)

Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Im Landkreis Peine wurde im Sommer 2025 eine Arbeitspflicht für Schutzsuchende beschlossen. Menschen, die hier Schutz suchen, sollen zu gemeinnütziger Arbeit gezwungen werden. Bei Weigerung drohen Leistungskürzungen.

- 1 Die grüne Jugend Niedersachsen fordert:
- 2 1. Die sofortige Rücknahme der beschlossenen Arbeitspflicht für Schutzsuchende
- 3 im Landkreis Peine.
- 4
- 5 2. Das sofortige Zurückziehen des Antrags der SPD-Stadtratsfraktion Salzgitter
- 6 "Einführung verpflichtender gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerber" und
- 7 fordert, bei Aufrechterhaltung des Antrags, den Rat der Stadt Salzgitter auf den
- 8 Antrag abzulehnen.
- 9 3. Eine klare Positionierung der rot-grünen Landesregierung gegen kommunale und
- 10 landesweite „Integrationsmaßnahmen“, die auf Arbeitspflichten oder
- 11 Zwangsmaßnahmen setzen.
- 12 4. Den Ausbau freiwilliger Beschäftigungs- und Integrationsprogramme für
- 13 Asylbewerber*innen, die echte Teilhabe ermöglichen – mit fairer Bezahlung,
- 14 Sprachförderung und langfristigen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.
- 15 5. Eine aktive Bekämpfung von rassistischen und stigmatisierenden Narrativen,
- 16 die Schutzsuchende pauschal als „arbeitsunwillig“ oder „leistungsunwillig“
- 17 darstellen.
- 18 6. Eine Sozial- und Integrationspolitik, die auf Gleichberechtigung und
- 19 Solidarität beruht und nicht auf Zwang und Kontrolle.

Begründung

Diese Maßnahme ist Teil einer gefährlichen Entwicklung, in der Geflüchtete stigmatisiert und unter Generalverdacht gestellt werden. Im Landkreis Peine leben derzeit 850 registrierte Asylbewerber*innen, von denen bereits ein größerer Teil von der Regelung ausgeschlossen sind, wie z.B. Schwangere Personen, Kinder, Alleinerziehende und Azubis. Die Inbetriebnahme der Arbeitspflicht wird den Kreis 250.000€ im Jahr kosten und ist somit nicht nur ethisch nicht vertretbar, sondern erzeugt unnötige Mehrkosten, die man auch direkt in andere Integrationsmaßnahmen (z.B. Sprachkurse, Unterkünfte etc.) investieren hätte können. Vor allem wollen viele Schutzsuchende arbeiten, werden aber durch bürokratische Hürden, komplett sinnlose Arbeitsverbote und fehlende Sprachkurse daran gehindert. Ein Arbeitszwang wird daran nichts ändern, sie erschwert die Integration und mindert soziale Teilhabe. So muss man die bestehenden Asylregelungen reformieren, um die Ausführung einer anständig bezahlten Arbeit zu ermöglichen. Arbeit darf niemals Zwang sein. Wer Schutz sucht, braucht faire Chancen und Unterstützung und keine Drohungen oder Strafen. Eine solidarische Gesellschaft basiert auf Freiwilligkeit, nicht auf Zwang.

V5 Selbstbestimmung ist nicht verhandelbar: Gegen jede Form von Zwangsdienst – Für eine solidarische Gesellschaft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.11.2025
Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen beschließt:

2 Präambel: Keine Rolle rückwärts ins Gestern

3 Die politische Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder die
4 Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, wie Sie auch in Teilen unserer
5 Mutterpartei geführt wird ist ein reaktionärer Versuch, junge Menschen für das
6 Versagen von Politik und Kapitalismus im Sozial- und Verteidigungssektor
7 zwangsweise in die Pflicht zu nehmen. Während die Regierung Rekordbudgets in die
8 militärische Aufrüstung steckt, soll die junge Generation durch
9 Zwangsverpflichtung zusätzliche Lasten tragen – Lasten, die sie in der Klima-
10 und Coronakrise bereits überdimensional getragen hat.

11 Wir lehnen diese Rolle rückwärts in militaristische Logiken und den Missbrauch
12 junger Menschen als billige Lückenfüller in unterfinanzierten Systemen ab. Wir
13 brauchen keine neuen Dienstpflichten, sondern ein grundlegend gerechteres
14 Gesellschaftsmodell, das Care-Arbeit und soziale Dienste angemessen entlohnt.

15 Beschlussfassung: Antikapitalistische und 16 Antimilitaristische Alternativen

17 Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert:

18 1. Nein zur Zwangsarbeit: Konsequente Ablehnung von Wehr- und Dienstpflicht

- 19 • Eine Verpflichtung junger Menschen unter 30 Jahren stellt eine unzumutbare
20 Einschränkung der freien Lebensgestaltung dar. Die Einführung einer
21 Dienstpflicht wirkt primär Lohn- und Standardsenkend und verhindert
22 notwendige strukturelle Investitionen in bessere Bezahlung und
23 Arbeitsbedingungen. Sie ist ein unzulässiger Eingriff in die
24 Selbstbestimmung junger Menschen und verschleiert vorrangig die
25 Auswirkungen des sozialen Kahlschlags der letzten Jahrzehnte.
- 26 • Wir solidarisieren uns mit allen jungen Menschen, die einen Zwangs- oder
27 Kriegsdienst verweigern würden, und unterstützen zivilgesellschaftliche
28 Kampagnen gegen diese militaristischen Bestrebungen.

29 2. Für eine Revolution der Care-Arbeit: Gute Finanzierung statt Zwang

Der Personalmangel im sozialen und gesundheitlichen Sektor darf nicht durch schlecht entlohnte Zwangsarbeit kaschiert werden. Wir fordern stattdessen:

- Eine, die Zahlung fairer und der Verantwortung entsprechender Entlohnung ermöglichenden, Finanzierung sozialer Träger sowie Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
- Die Rückführung von originär staatlichen Aufgaben von der freien Wohlfahrtspflege in staatliche Hand, um die Prekarisierung dieser Felder zu beenden.
- Die radikale Entlastung von FLINTA-Personen und anderen, die bereits heute unbezahlte Care-Arbeit in ihren Familien leisten. Eine allgemeine Dienstpflicht würde unbezahlte Care-Arbeit leistende Personen zusätzlich belasten. Wir fordern die Anerkennung und finanzielle Kompensation dieser gesamtgesellschaftlich relevanten Arbeit.

3. Freiheit und Selbstbestimmung

Wir erkennen die Notwendigkeit an, unsere Demokratie und Gesellschaft gegen Bedrohungen verteidigen zu können. Dies darf jedoch niemals auf dem Rücken junger Menschen geschehen, die für Entscheidungen, die sie nicht getroffen haben, mit ihrer Freiheit und Gesundheit bezahlen sollen.

- Die Verteidigungsbereitschaft der Gesellschaft muss auf Freiwilligkeit, Expertise und angemessener Wertschätzung basieren. Ein Zwangsdienst degradiert junge Menschen zu ersetzbaren Ressourcen für staatliche oder militärische Interessen, statt sie als selbstbestimmte Menschen zu behandeln.
- Der Beitrag junger Menschen zur Gesellschaft – sei es im sozialen oder im Sicherheitsbereich – muss eine freie, individuell motivierte Entscheidung bleiben. Jegliche Rekrutierungsstrategie muss auf positiven Anreizen, fairer Bezahlung und maximaler Transparenz fußen. Hierbei setzen wir uns entschieden gegen direkte oder indirekte Zwänge, wie eine Kopplung sozialer Leistungen oder signifikant höhere Vergütungen, die im Wehrdienst ein, die soziale Dienste oder die Verweigerung eines Wehrdienstes benachteiligen. Klassenunterschiede dürfen niemals dafür sorgen, dass sich Menschen zu einem Wehrdienst gezwungen sehen.
- Wir lehnen es ab, dass junge Menschen in die Verantwortung für die Verfehlungen in der Sicherheitspolitik genommen werden, die von der Politik und früheren Generationen mitverschuldet wurden.

Mit diesem Antrag stehen wir für eine Gesellschaft, die auf Freiwilligkeit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität basiert, statt auf militärischem Zwang und der Ausbeutung junger Menschen.

Begründung

erfolgt mündlich

V6 Schluss mit Tierquälerei: Keine Finanzierung durch Staatsgelder mehr!

Antragsteller*in: Barbara Winter (Landesvorstand)

Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zoologische Einrichtungen befinden sich in einem grundlegenden Widerspruch zwischen ihrem Selbstverständnis als Einrichtungen des Tier- und Artenschutzes und ihrer tatsächlichen Praxis. Sie präsentieren sich öffentlich als Orte, an denen gefährdete Tierarten geschützt und erhalten werden, um Ersatzpopulationen herzustellen. Die systematische Zucht von Wildtieren in Gefangenschaft führt jedoch regelmäßig dazu, dass gesunde Jungtiere getötet werden, wenn sie nicht in das Konzept des Zoos passen.

Wilderei

Besonders in Aquarien ist die Beschaffung von Tieren aus der freien Wildbahn problematisch. Spezies wie Delfine oder Haie lassen sich in Gefangenschaft schwierig züchten. Deshalb werden sie legal und teilweise auch illegal aus natürlichen Lebensräumen entnommen.

Strukturelle Ursachen

Diese Probleme sind strukturell bedingt: Zoos brauchen Nachwuchs und exotische Tierarten, um für Besucher attraktiv zu bleiben und ihre Existenz zu rechtfertigen. Sie können jedoch nicht unbegrenzt Tiere aufnehmen, was zu Überpopulationen führt. Die Folge ist eine selektive Tötungspraxis, die mit den Prinzipien des Tierschutzes kollidiert.

Der vorgebrachte Artenschutzauftrag erweist sich dabei als fragwürdig: Nur 20 bis 25 Prozent der tatsächlich bedrohten Säugetierarten und lediglich 3 Prozent der bedrohten Reptilienarten werden überhaupt in Zoos gehalten. Viele dieser Arten – wie Tiger, Bären, Menschenaffen, Löwen oder Giraffen – können zudem nicht erfolgreich ausgewildert werden. Der Artenschutz dient damit hauptsächlich als Legitimationsstrategie für ein im Kern kommerzielles Geschäftsmodell.

Zoochose: Verhaltensauffälligkeiten in Gefangenschaft

Wildtiere in Gefangenschaft leiden häufig unter Zoochose, auch als stereotypisches Verhalten bekannt. Dieses tritt bei Stress, Platzmangel oder sensorischer Deprivation auf. Unter sensorischer Deprivation versteht man dabei den Mangel an natürlichen Sinnesreizen und Umwelteinflüssen, die Tiere in freier Wildbahn erfahren würden. Zoochose zeigt sich in nervösem Auf- und Abgehen, Kopfnicken oder -schütteln, Federrupfen oder Stangenbeißen.

Hochintelligente Tiere wie Delfine leiden besonders stark unter diesen Bedingungen. Bei ihnen wird über mögliche Selbstverstümmelung und sogar Suizid diskutiert. Menschenaffen zeigen ebenfalls selbstverletzendes Verhalten, wirken apathisch oder reißen sich Haare aus.

Zentrale Problemstellung

Wildtiere werden ihrer Freiheit beraubt, zu Zuchtzwecken genutzt und ihrem natürlichen Lebensraum entrissen. Gleichzeitig gilt ein Teil des entstehenden Nachwuchses als unerwünscht und wird getötet. Diese Praxis wirft die Frage auf, ob die kommerzielle Zurschaustellung von exotischen Wildtieren unter diesen Bedingungen noch zeitgemäß, moralisch vertretbar und zielorientiert ist. Haben

42 sich zoologische Einrichtungen nicht längst vom ursprünglichen Gedanken des
43 Artenschutzes entfernt? Haben sie stattdessen das kapitalistische,
44 profitrentable Potenzial in der Ausbeutung exotischer Tiere für sich entdeckt?

45 Öffentliche Finanzierung am Beispiel Hannover

46 Viele Zoos gehören Städten oder Regionen. Der Zoo Hannover befindet sich zu 100
47 Prozent im Besitz der Region Hannover und wird vollständig regional finanziert.
48 Öffentliche Gelder fließen damit in eine Einrichtung, deren Praktiken
49 grundlegenden Tierschutzprinzipien widersprechen.

50 Forderungen

51 Öffentliche Finanzierung & Kontrolle

- 52 • Einstellung staatlicher und kommunaler Subventionen für zoologische
53 Einrichtungen.
- 54 • Umleitung öffentlicher Gelder in nicht-kommerzielle Auffangstationen und
55 Schutzzentren.
- 56 • Bundesweite Überprüfung aller Zuchtprogramme auf Tierschutz- und
57 Artenschutzrelevanz.
- 58 • Einführung verbindlicher ethischer Mindeststandards über die EU-weiten
59 Zooverordnungen hinaus.

60 Bildungsarbeit

- 61 • Förderung virtueller und digitaler Bildungsangebote ohne
62 Tiergefangenschaft.
- 63 • Unterstützung alternativer Bildungsorte in Kooperation mit Schulen.
- 64 • Reform der Bildungsarbeit in Zoos: Fokus auf Tierethik und
65 Lebensraumschutz.

66 Tierschutz & Haltung

- 67 • Perspektivischer Ausstieg aus der Haltung exotischer Wildtiere.
- 68 • Verbot der Zucht nicht auswilderbarer Arten.
- 69 • Verbot von Neuanschaffungen aus Wildfängen.

70 Artenschutz & Nachhaltigkeit

- 71 • Verlagerung öffentlicher Mittel und Prioritäten auf In-situ-Artenschutz
72 (Schutz natürlicher Lebensräume).
- 73 • Verpflichtung zu Kooperationen mit echten Artenschutzprojekten (z. B.
74 Wiederaufforstung, Anti-Wilderei-Initiativen).

V7 Rheinmetall vergesellschaften – Wir sterben nicht für eure Profite

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Rheinmetall vergesellschaften – Wir sterben nicht für eure Profite

Die GRÜNE JUGEND NIEDERSACHSEN fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu auf, sich für die Vergesellschaftung der Rheinmetall AG und langfristig für die Vergesellschaftung der deutschen Rüstungsindustrie einzusetzen.

Blutgeld in euren Taschen!

Während auf der einen Seite Menschen vor Krieg und Verfolgung fliehen, reiben sich auf der anderen Seite die Aktionär*innen der Rheinmetall AG die Hände. Russland besetzt die Ukraine und die Türkei besetzt das Land der Kurden. Gleichzeitig begeht Israel einen Genozid in Palästina als Antwort auf den unmenschlichen Terroranschlag des 07. Oktobers 2023. Doch was haben all diese Kriege gemeinsam? Menschen verlieren auf allen Seiten und deutsche Rüstungskonzerne machen Kasse.

Private Rüstungskonzerne schaffen Profitinteresse am Krieg!

Kriege haben vielfältige Ursachen: geopolitische Spannungen, autoritäre Herrschaft, Nationalismus, imperiale Machtansprüche und gesellschaftliche Konflikte. Eine Verteidigungsindustrie kann nur dann verteidigen, wenn sie für den Schutz der Menschen arbeitet. Dies ist unvereinbar mit der Profitlogik des freien Marktes. Solange Konzerne wie die Rheinmetall AG mit dem Leid von Millionen von Menschen Profite machen dürfen, werden friedliche Lösungen unnötig erschwert.

Kriege dürfen kein Geschäftsmodell sein.

Kriege werden auf den Schultern der Arbeiter*innenklasse ausgetragen. Währenddessen sitzen mitten in Europa Kapitalist*innen und Aktionär*innen und freuen sich darüber, dass die nächste rechtsautokratische Regierung ihr Nachbarland angreift. Denn was auf der einen Seite Tod, Schmerz und Leid bedeutet, lässt auf der anderen Seite die Aktienkurse in die Höhe schießen. Es geht an dieser Stelle nicht um das Recht auf Selbstverteidigung oder Souveränität. Es geht darum, dass das Profitinteresse von der Rheinmetall AG und allen anderen Rüstungskonzernen, in vielen Fällen einem Ende der Konflikte entgegensteht.

Historische Verantwortung von Rheinmetall

Rheinmetall trägt als eines der ältesten deutschen Rüstungsunternehmen dabei eine besondere historische Verantwortung: Im Nationalsozialismus war das Unternehmen ein zentraler Bestandteil der Kriegswirtschaft und profitierte von der Produktion von Waffen und Munition für den Zweiten Weltkrieg. Diese Vergangenheit darf nicht vergessen werden. Sie mahnt uns, die Verstrickung wirtschaftlicher Interessen mit Krieg und Unterdrückung kritisch zu hinterfragen.

Feministische Perspektive auf Krieg und Frieden

Gleichzeitig zeigt sich, dass Kriege Menschen nicht gleich treffen: Besonders FLINTA*-Personen, Kinder und Minderheiten leiden unter den Folgen von Gewalt, Vertreibung und Zerstörung. Sie sind häufig Opfer sexualisierter Gewalt, verlieren ihre Lebensgrundlagen und tragen die Hauptlast der Care-Arbeit in Krisen. Eine feministische Sicherheitspolitik muss diese Perspektiven in den Mittelpunkt stellen und sich dafür einsetzen, dass Verteidigungsprozesse geschlechtergerecht gestaltet und die Stimmen von

FLINTA*-Personen und marginalisierten Gruppen in sicherheitspolitischen Entscheidungen gehört werden.

Wir sterben nicht für eure Profite!

Deutschland investiert so viel in Rüstung und Krieg wie noch nie. Der Sozialstaat und das Gesundheitssystem gehen leer aus. Die Bevölkerung wird psychologisch auf Krieg vorbereitet, die Wiedereinführung der Wehrpflicht steht vor der Tür. Die Historie hat gezeigt: Kriegsmaschinerie bringt Tod, Leid und Zerstörung. Waffen – wenn auch angeblich nur für die Verteidigung gebaut – dürfen nicht zur Bereicherung einiger weniger genutzt werden.

Darum fordern wir:

Rheinmetall vergesellschaften und langfristig auch die restliche Rüstungsindustrie vergesellschaften und demokratisch kontrollieren.

V8 Gute Psychotherapie braucht verlässliche Bedingungen – Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung sichern!

Antragsteller*in: Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)

Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Seit der Reform des Psychotherapeutengesetzes 2020 folgt auf das Studium eine fünfjährige, vergütete Weiterbildung, doch wer diese Vergütung finanziert, ist bis heute ungeklärt. Kliniken und Praxen können die Kosten nicht tragen, wodurch Weiterbildungsplätze fehlen und viele angehende Psychotherapeut*innen ohne Perspektive bleiben. Das verschärft den Mangel an Therapieplätzen und gefährdet die psychotherapeutische Versorgung. Wir fordern daher eine verbindliche gesetzliche Finanzierung der Weiterbildung, um faire Bedingungen und Planungssicherheit zu schaffen. Zudem braucht es Übergangsregelungen für aktuell Approbierte, die Anerkennung psychischer Gesundheit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und das Zusammendenken von Gesundheits- und Gleichstellungspolitik, da die psychotherapeutische Arbeit überwiegend weiblich geprägt ist und fehlende Finanzierung bestehende Geschlechterungerechtigkeiten verstärkt.

Seit 2020 regelt sich der Weg des Psychologiestudiums hin zur psychotherapeutischen Weiterbildung neu: Durch die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes schließt sich dem neu geschaffenen Masterstudiengang „Klinische Psychologie und Psychotherapie“ nach der Approbation eine fünfjährige Weiterbildung an, deren Vergütung vom Gesetzgeber verpflichtend festgelegt wurde. Mit der Approbation am Ende des Studiums können die Absolvent:innen den Beruf bereits selbständig und eigenverantwortlich ausüben. Die Weiterbildung zur Fachtherapeut:in ist jedoch nötig, damit sich die approbierten Psychotherapeut:innen mit einer kassenärztlichen Praxis niederlassen und ihre Patient:innen die Behandlungskosten über die Krankenkassen abrechnen können. Dabei ist die fünfjährige Weiterbildung nun analog zur fachmedizinischen Ausbildung angelegt und löst die dreijährige Ausbildung ab. Da diese selbst zu finanzieren war, verschuldeten sich die Psychotherapeut:innen häufig hoch.

Für die neu geregelte Weiterbildung benötigen die Psychotherapeut:innen Einsatzorte in Kliniken, Praxen und Ambulanzen, um praktische Erfahrung zu sammeln. Der Haken daran ist allerdings, dass die Weiterbildungsplätze an diesen Orten de facto nicht existieren: Jens Spahn als Gesundheitsminister hat zwar den Weg reformiert, die Finanzierung dieser ließ er jedoch ungeklärt. Dadurch sehen sich die Weiterbildungsstätten nicht in der Lage, die Weiterbildungsplätze zu finanzieren, sodass diese kaum angeboten werden und wir es mit einem massiven Engpass an Möglichkeiten zur Weiterbildung zu tun haben. Eine adäquate Vergütung von Psychotherapeut:innen in Weiterbildung wird von der Bundesregierung momentan nicht sichergestellt und Tausende Psychotherapeut:innen stehen ohne Perspektive da. Das ist nicht nur massiv ungerecht für diejenigen, die unserer Gesellschaft und Menschen mit dringendem Behandlungsbedarf helfen möchten, sondern sorgt auch mittelfristig für einen Engpass an psychotherapeutischer Versorgung. Bereits heute haben wir dahingehend eine angespannte Situation, die nun droht, noch dramatischer zu werden.

Dabei steigt der Bedarf psychotherapeutischer Behandlungen rapide an ohne Anstieg von Therapieplätzen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen: Schon jetzt muss vielerorts mit exorbitanten Wartezeiten gerechnet werden. Psychisch erkrankte Menschen sehen sich ohnehin mit existenziellen Nöten und Sorgen

33 konfrontiert, die durch langes Warten auf einen Therapieplatz verstärkt werden.
34 Sich um einen Therapieplatz zu kümmern, obwohl man sich momentan nicht einmal um
35 sich selbst zu kümmern vermag, spitzt das Leid der Menschen mit psychischen
36 Erkrankungen immens zu. Wenn beispielsweise depressive Episoden autarkes
37 Organisieren unmöglich machen, stellt das insbesondere diejenigen vor enorme
38 Herausforderungen, die keinen sozialen Rückhalt haben beziehungsweise nicht in
39 gut betuchten Verhältnissen leben. Aber genau diese gesellschaftlich
40 marginalisierten Menschen sind deutlich anfälliger dafür, psychisch zu
41 erkranken. Durch Armut sind sie in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und
42 Sichtbarkeit unterrepräsentiert, bei psychischen Erkrankungen jedoch statistisch
43 massiv überrepräsentiert.

44 Doch nicht nur diejenigen, die dringend Hilfe benötigen, sondern auch die
45 approbierten Psychotherapeut:innen stehen vor enormen Herausforderungen. Wenn
46 den angehenden Helfenden keine Weiterbildungsplätze garantiert werden können,
47 befeuert das Versorgungsengpässe, da die künftigen Psychotherapeut:innen sich
48 möglicherweise umorientieren oder sogar ihr Studium hinauszögern, in der
49 Hoffnung auf Besserung. Das sorgt nicht nur für immense Unsicherheiten für den
50 beruflichen Weg der Studierenden und bereits approbierten Psychotherapeut:innen,
51 sondern gefährdet auch den Wissenschaftsstandort Deutschland: Mittelfristig
52 fehlt klinisch qualifizierter Nachwuchs für die Psychotherapieforschung und das
53 schwächt die Psychotherapieforschung insgesamt, obwohl sie eine zentrale Säule
54 psychotherapeutischer Versorgung darstellt.

55 Darüber hinaus ist die psychotherapeutische Arbeitswelt weiblich dominiert und
56 damit sind Frauen überproportional von der fehlenden Finanzierung betroffen.
57 Diese Perspektive darf bei der Debatte nicht vergessen werden. Auch die
58 gesellschaftlich geringe Anerkennung von Care-Arbeit und weiblich dominierten
59 Berufen spiegelt sich hier wider. Daher stellt der aktuelle Zustand auch eine
60 Schieflage im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit dar. Als solche sollten wir
61 dieses Thema auch angehen und um dem Ziel der Gerechtigkeit näherzukommen, muss
62 die Ungerechtigkeit der fehlenden Finanzierung beseitigt werden.

63 Im Petitionsausschuss des Bundestags wurde bereits eine Petition zur
64 Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung behandelt und dem Bundestag
65 beziehungsweise der Bundesregierung mit dem höchstmöglichen Votum empfohlen.
66 Auch der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert, in dieser Sache endlich
67 zu handeln und für eine nachhaltige Finanzierung zu sorgen. Zwar hat die Ampel-
68 Koalition durch Änderungen im Gesundheitsversorgungsgesetz mittlerweile für
69 etwas Abhilfe gesorgt, aber nicht annähernd für eine langfristige, in allen
70 Bereichen wirksame Lösung und das trotz anhaltender Kritik der Verbände, des
71 Bundestags und des Bundesrats.

72 Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen:

- 73 • Nachhaltige, gesetzliche Finanzierung schaffen: Der Bund muss eine
74 verbindliche, gesetzlich geregelte Finanzierung der Weiterbildung in

75 Kliniken, Praxen und Weiterbildungsambulanzen sicherstellen und dauerhaft
76 einplanen.

- 77 • Psychische Gesundheit als öffentliche Aufgabe begreifen: Psychische
78 Gesundheit gehört zur Daseinsvorsorge. Daher braucht sie politische
79 Priorität und ausreichende Mittel.
- 80 • Übergangsregelungen für neue Approbierte: Die ersten Jahrgänge
81 approbierter Psychotherapeut:innen dürfen nicht im Leerlauf bleiben. Sie
82 brauchen kurzfristige Förder- und Übergangsprogramme.
- 83 • Psychische Gesundheit als soziale Frage begreifen: Soziale Ungleichheit
84 und Armut beeinflussen psychische Belastungen ebenso wie den Zugang zu
85 Behandlungen. Diese strukturelle Ungerechtigkeit muss beseitigt werden.
- 86 • Feministische Perspektive stärken: Wir fordern, dass feministische
87 Gesundheits- und Gleichstellungspolitik zusammengedacht wird, damit in
88 Bereichen wie der Psychotherapie gerechte Bezahlung, sichere
89 Arbeitsbedingungen und verlässliche Finanzierung gewährleistet sind.

90 Wir solidarisieren uns mit den Studierenden und Berufsanfänger:innen: In
91 mehrerer Hinsicht ist der aktuelle Zustand nicht hinnehmbar und die
92 Wertschätzung für diejenigen, die anderen helfen möchten, fehlt der
93 Bundesregierung völlig. Statt berufliche Perspektiven, den Wissenschaftsstandort
94 Deutschland und unsere mentale Gesundheit zu gefährden, soll die Bundesregierung
95 endlich die Forderungen von Verbänden und Petitionen aufgreifen und eine
96 tragfähige Lösung vorlegen!

V9 Der 08. März als Feiertag!

Gremium: Landesvorstand Niedersachsen
Beschlussdatum: 01.11.2025
Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

1 Der 08. März als Feiertag!

2 Der 8. März muss Feiertag werden – Feministischer Kampftag
3 statt Frauentagsblumen!

4 Die Geschichte macht es vor – Lasst uns daran anknüpfen!

5 Der 8. März ist keine Erfindung der Neuzeit, sondern hat eine über 100-jährige
6 Tradition des feministischen Widerstands. 1911 gingen erstmals Millionen
7 Menschen in Europa und den USA für das Frauenwahlrecht, bessere
8 Arbeitsbedingungen und gegen Diskriminierung auf die Straße. Clara Zetkin prägte
9 diesen Tag als internationalen Kampftag für Frauenrechte. Am 8. März 1917
10 streikten Textilarbeiterinnen in Petrograd gegen Hunger, Krieg und Ausbeutung –
11 und lösten damit die Februarrevolution aus. Seit 1921 wird der internationale
12 Frauentag weltweit am 8. März begangen. Was als Kampf für grundlegende Rechte
13 begann, ist heute aktueller denn je: Der Kampf gegen geschlechtsspezifische
14 Gewalt, für reproduktive Selbstbestimmung, gegen die Gender Pay Gap und für eine
15 intersektional-feministische Gesellschaft geht weiter. Der 8. März erinnert uns
16 daran, dass Rechte erkämpft werden müssen – und dass dieser Kampf noch lange
17 nicht vorbei ist.

18 Berlin und MV machen es vor – Niedersachsen zieht nach!

19 Seit 2019 ist der 8. März in Berlin gesetzlicher Feiertag. Mecklenburg
20 Vorpommern hat 2023 nachgelegt. Während Ost-Bundesländer den internationalen
21 feministischen Kampftag würdigen, hinkt Niedersachsen hinterher. Das ändern wir
22 jetzt! Denn der 8. März ist mehr als ein Tag für Blumen und Pralinen - er ist
23 ein Tag des Kampfes, der Solidarität und der feministischen Revolution.

24 Kein Gedöns – Feminismus ist systemrelevant!

25 Wer die Gesellschaft am Laufen hält, hat einen freien Tag verdient! FLINTA*s
26 leisten den Großteil der Care-Arbeit, halten in systemrelevanten Berufen den
27 Laden am Laufen und kämpfen täglich gegen patriarchale Strukturen. Ein Feiertag
28 am 8. März ist das Mindeste, was diese Gesellschaft zurückgeben kann.

29 Dieser Tag soll nicht zur Kommerzialisierung verkommen, sondern Raum schaffen
30 für:

- 31 • Feministische Demonstrationen und Streiks
- 32 • Politische Bildung zu Geschlechtergerechtigkeit
- 33 • Sichtbarkeit für feministische Kämpfe weltweit
- 34 • Vernetzung und Organisation von FLINTA*s

35 Niedersachsen kann mehr!

36 Während in Niedersachsen teilweise Frauen und Kinder bei Schützenfesten
37 ausgeschlossen werden, ignorieren wir den Tag, der für die Hälfte der
38 Bevölkerung steht. Das widerspricht dem eigenen Bekenntnis der rot-grünen
39 Landesregierung zu einer feministischen und antidiskriminierenden Politik. Das
40 ist nicht nur symbolpolitisch peinlich – es ist ein Schlag ins Gesicht aller
41 FLINTA*s, die täglich für Gleichberechtigung kämpfen. Die SPD-Grüne
42 Landesregierung hat die Chance, ein feministisches Zeichen zu setzen. Berlin und
43 MV haben vorgemacht, dass es geht. Wird Niedersachsen das progressive Bundesland
44 sein, für das es sich hält, oder bleibt es bei leeren Versprechen?

45 Unsere Forderungen:

- 46 1. Der 8. März soll ab 2026 gesetzlicher Feiertag in Niedersachsen werden!
47 Die Landesregierung soll umgehend den entsprechenden Gesetzentwurf
48 vorlegen.
- 49 2. Bildung statt Blumenkitsch!
50 Der Feiertag soll von Bildungsangeboten in Schulen, Unis und öffentlichen
51 Einrichtungen begleitet werden, die die Geschichte und Bedeutung
52 feministischer Kämpfe unter Berücksichtigung von Intersektionalität, anti-
53 rassistischer und queer-feministischer Perspektiven vermitteln.
- 54 3. Förderung feministischer Veranstaltungen!
55 Das Land soll einen dauerhaften, niedrigschwelligen und jährlich
56 aufgefüllten Fördertopf mit Schwerpunkt auf queer-feministischen,
57 migrantischen und ländlichen FLINTA*-Organisationen einrichten, um
58 materielle Barrieren bei der Organisation von Veranstaltungen, Demos und
59 Bildungsarbeit am und um den 8. März abzubauen.
- 60 4. Kein Feiertagstausch!
61 Der 8. März soll zusätzlicher Feiertag werden – kein anderer Feiertag darf
62 dafür gestrichen werden.

63 Feminismus feiern heißt Freiheit erkämpfen!

64 Ein Feiertag allein macht noch keine feministische Politik. Aber er sendet ein
65 starkes Signal: Niedersachsen erkennt die Bedeutung feministischer Kämpfe an und
66 gibt ihnen den Raum, den sie verdienen.

67 Während Rechte und Konservative die Zeit zurückdrehen wollen, setzen wir ein
68 Zeichen für die Zukunft. Der 8. März als Feiertag ist nicht das Ende, sondern
69 der Anfang – für mehr Geschlechtergerechtigkeit, mehr feministische Politik und
70 mehr Widerstand gegen das Patriarchat!

71 Also Niedersachsen: Lasst uns Taten sehen und steht ein für mindestens 50% der
72 niedersächsischen Bevölkerung!

V11 Leerstandsabgabe gegen unsozialen Leerstand bei Wohnungen

Gremium: KV Osnabrück Stadt
Beschlussdatum: 03.11.2025
Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Die Grüne Jugend Niedersachsen soll sich für die Einführung einer Leerstandsabgabe einsetzen. Insbesondere für die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, um den Kommunen die Einführung einer Leerstandsabgabe zu ermöglichen.

- 1 Hohe Mieten und Wohnungsmangel sind eines der großen Probleme mit denen sich vor
- 2 allem auch junge Menschen auseinandersetzen müssen. Gleichzeitig gibt es in
- 3 vielen Städten eine große Zahl leerstehender Wohnungen. Diesen Leerstand für den
- 4 Wohnungsmarkt zu erschließen, löst zwar nicht die grundlegenden Probleme, ist
- 5 aber ein erster Schritt in Richtung eines gerechteren Wohnungsmarktes. Viele
- 6 leerstehende Wohnungen werden rein aus wirtschaftlichem Kalkül zurückgehalten.
- 7 Das ist nicht nur unsolidarisch, sondern auch einfach nur verantwortungslos.
- 8 Eine Leerstandsabgabe würde bedeuten, dass auf diese Praxis eine regelmäßige
- 9 Abgabe anfallen würde, die die Eigentümer*innen der leerstehenden Wohnung der
- 10 Kommune zu entrichten haben. Ihnen bleibt dann die Wahl diese Abgabe zu zahlen
- 11 oder ihre Wohnungen doch zu vermieten.
- 12 Daher fordern wir als Grüne Jugend Niedersachsen die Einführung einer
- 13 Leerstandsabgabe und setzen uns für die Schaffung eines rechtlichen Rahmens auf
- 14 Landesebene ein, in dem es den Kommunen möglich wird diese Einführung
- 15 umzusetzen. Das wäre ein erster Schritt gegen Spekulation am Wohnungsmarkt,
- 16 Wohnungsknappheit und künstlich überhöhte Mieten.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich